Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2007

I. Darstellung des Geschäfts und der Rahmenbedingungen

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2007 mit einem positiven Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresüberschuss von 53,6 T€ (Vorjahr: 90,3 T€) ausgewiesen. Davon kommen 49,2 T€ aus dem stationären Bereich und 4,4 T€ aus dem offenen Seniorenbereich. Darin enthalten sind 402 T€ aus dem stationären Bereich als Neuzuführung zur freiwilligen Rückstellung für diverse Baumaßnahmen im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes, unabdingbar notwendiger Sanierungsarbeiten sowie zu viel erhaltener Altenpflegeumlage, die ihren Ursprung aus der Vergangenheit haben. Ebenfalls beinhaltet der Jahresüberschuss 138,8 T€ als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2007. Das Jahresergebnis verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 36,7 T€.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2007 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von rd. 72 T€ (für den stationären Bereich 70 T€ und für den offenen Bereich 2 T€) aus. Tatsächlich verschlechterte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 18,4 T€. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Heimgesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Heimbetreiber ständig nachzusteuern.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH nachgesteuert. Ein Risikomanagement-Handbuch ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben werden die APH auch in 2008 Auszubildende zur Altenpflegerin nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz ausbilden. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums sowie innerhalb des freiwilligen sozialen Jahres die Möglichkeit sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	EB-Wert T€	Entnahmen T€	Zugänge T€	Endbestand T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	0	4.100
Gewinnvortrag	191	0	90	281
Jahresüberschuss	90	-90	54	54
	17.163	-90	144	17.217

Rückstellungen	EB-Wert T€	Entnahmen T€	Zugänge T€	Endbestand T€
Pensionsrückstellungen	1.473	359	109	1.223
Ausstehende Rechnungen	96	46	40	90
Unterlassene Instandhaltung	1.145	453	383	1.075
Personalbezogene Verpflichtungen	263	188	216	291
Abschluss- und Prüfungskosten	54	54	51	51
Zinsen aus Investitionskosten	381	87	3	297
Verrechnung Altenpflegeumlage	0	0	95	95
Archivierung	17	2	2	17
Altentagesstätten	83	8	6	81
	3.512	1.197	905	3.220

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat - unter Berücksichtigung der Sonderposten - einen Anteil an der Bilanzsumme von 44,1 % (2006: 43,1 %) und das langfristige Fremdkapital von 55,9 % (2006: 56,9 %).

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2007 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	31.12.2007 T€	31.12.2006 T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.526,8	-5.558,6
Flüssige Mittel I. Ordnung	4.513,9	5.028,7
Unterdeckung I	-1.012,9	-529,9
Flüssige Mittel II. Ordnung	663,0	350,7
Unterdeckung II	-349,9	-179,2
Flüssige Mittel III. Ordnung	90,0	93,4
Unterdeckung III	-259,9	-85,8

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität verschlechtert, wobei darauf hinzuweisen ist, dass das kurzfristige Fremdkapital freiwillig gebildete Rückstellungen für den Instandhaltungsaufwand in Höhe von rd. 1 Mio € beinhaltet, so dass sich ohne diese Rückstellungen eine Überdeckung ergeben würde.

	2007 T€	2006 T€
Laufende Geschäftstätigkeit		
Jahresergebnis	53,6	90,3
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.090,5	1.078,0
Zunahme/Abnahme (-) der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	-233,5	7,3
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6,3	1,2

	2007 T€	2006 T€
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	-40,2	-38,3
Cash-Flow	876,7	1.138,5
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	-59,6	847,1
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-212,0	170,5
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-65,8	-592,8
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	539,3	1.563,2
Investitionstätigkeit		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-519,9	-630,5
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	30,9	23,4
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-489,0	-607,1
Finanzierungstätigkeit		
Erhöhung der Forderungen aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung (saldiert)	-19,8	0,0
Darlehensaufnahmen	0,0	0,0
Darlehenstilgungen	-545,3	-537,8
Mittelzufluss/ -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-565,1	-537,8

	2007 T€	2006 T€
Finanzmittelfonds		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-514,8	418,3
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	5.028,7	4.610,4
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	4.513,9	5.028,7

III. Ertragslage

Die Pflegesätze für das Jahr 2007 wurden im März 2005 mit den Kostenträgern prospektiv verhandelt und am 02.05.2005 vom Rat der Stadt beschlossen. Die Pflegekassen halten die Pflegesätze auch weiterhin auf niedrigem Niveau. Trotzdem konnte die Betriebsleitung mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Heime und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von 6,38 % für die Laufzeit vom 01.04.2005 bis zum 30.09.2007 und darüber hinaus darstellen. Über alle Heime und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen, erhöhte sich das Heimentgelt um durchschnittlich zwischen 1,92 und 10,36 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung auch für den Wuppertaler Hof aufgegangen, durch gezielte Vorleistungen das Haus schnell zu belegen und die geforderten 98 % Belegung der Kostenträger zu erzielen. Darüber hinaus wurde eine deutlich höhere Pflegesatzerhöhung durchgesetzt. Die Erwartungen sind somit positiv. Das erzielte Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen hat dem gesamten Betrieb für die Wirtschaftsjahre 2005, 2006 und 2007 eine auskömmliche Betriebsführung ermöglicht, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level gesichert hat.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2007	2006	Abweichung	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	25.976	26.359	-383	-1,5
Sonstige betriebliche Erträge	882	811	+71	+8,8
Betriebsleistung	**26.858**	**27.170**	**-312**	-1,1
Personalkosten	17.227	17.103	+124	+0,7
Abschreibungen	1.097	1.090	+7	+0,6
Sachbedarf	7.263	7.212	+51	+0,7
Instandhaltung	1.258	1.653	-395	-23,9
Betriebliche Aufwendungen	**26.845**	**27.058**	**-213**	-0,8
Betriebsergebnis	**13**	**112**	**-99**	-88,4
Finanzergebnis	**-71**	**-138**	**+67**	+48,6
Außerordentliches Ergebnis	**112**	**116**	**-4**	-3,4
Jahresergebnis	**54**	**90**	**-36**	-40,0

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2007 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 100,26 % (Vorjahr 99,20%) der Plätze belegt. Tendenziell waren die Altenpflegeheime im Berichtsjahr am stärksten ausgelastet. Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	101,6	0,2
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	90	98,8	1,8
Altenheim Vogelsangstraße	80	100,1	2,0
Altenpflegeheim Am Diek	125	100,2	0,7
Altenheim Hölkesöhde	108	101,1	2,5
Altenzentrum Winklerstraße	87	98,2	-0,4
Altenheim Herichhauser Straße	121	100,3	1,0
	781		

In der Oberen Lichtenplatzer Straße wurden auf Grund gesetzlicher Anforderungen 4 Betten, in der Vogelsangstraße 2 und in der Hölkesöhde 5 Betten abgebaut. Somit wurden in 2007 gegenüber den Vorjahren 11 Betten insgesamt abgebaut.

Die über 100%ige Auslastung einiger Häuser im Jahresdurchschnitt ist allerdings nur im Geschäftsjahr 2007 möglich gewesen, da die von APH Ende 2006 beantragten Bettenreduzierungen erst im ersten Quartal 2007 genehmigt wurden. Somit kam es über viele Monate im Jahre 2007 zu einer quasi Überbelegung. Für das folgende Geschäftsjahr ist dies auszuschließen.

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 445 Personen tätig, 14 Beschäftigte weniger als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 85,4 %.

Die Beschäftigten verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2007	Beschäftigte 31.12.2006	Abweichung
Zentralverwaltung	16	18	- 2
Betriebsstätten (Heime)	429	441	-12
	445	459	-14

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopfzahlen. Darüber hinaus stellen diese Zahlen lediglich eine Betrachtung zum jeweiligen Stichtag 31.12. der Jahre 2006 und 2007 dar.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 17.226,9 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	13.449,7 T€
Soziale Abgaben	2.634,6 T€
Altersversorgung	1.063,8 T€
Beihilfen und Unterstützungen	8,7 T€
Personalnebenkosten	70,1 T€
	17.226,9 T€

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2006 um rd. 124 T€ (Vorjahreszeitraum 64 T€) an. Das ist ein Anstieg von 0,72 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

- Anstieg der Umlage für Altersteilzeit (64 T€)
- die zügige Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb (45 T€)
- Erhöhung der Personalrückstellungen (18 T€)
- Zusätzliche Zivildienststellen (19 T€)
- Stellenanpassung im sozialen Dienst (31 T€)
- Verringerung im hauswirtschaftlichen Bereich durch natürliche Fluktuation und Aufgabenübertragung an APH Service GmbH (88 T€)
- Abbau von Aushilfsjobs (17T€)

- Verringerung der gesetzlichen Sozialabgaben, hier insbesondere Arbeitslosenversicherung (71 T€)
- Erhöhung der Aufwendungen für Altersversorgung (113 T€).

3. Sachbedarf

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 396,5 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- Anstieg des Energiebedarfes (57,5 T€);
- Anstieg der Aufwendungen für Lebensmittel (30,4 T€);
- Anstieg des Aufwands für den Verwaltungsbedarf (17 T€);
- Anstieg des Aufwands für Reinigung und sonstigen Wirtschaftsbedarf in den Einrichtungen sowie Fremdreinigung und Zusatzpersonal (163T€);
- Erhöhung der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege (70 T€)
- Betreuungsbedarf in den Altentagesstätten (48,1 T€).

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 1.257,7 T€ (Vorjahr: 1.653,2 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (823,9 T€), die technischen Anlagen (51,9 T€), die Betriebsausstattung (154,5 T€), die Außenanlagen (41,7 T€) sowie für Wartung (180,8 T€). Für die Tagesstätten wurden 5,0 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

IV. Stellungnahme zu den Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Im Vorjahr wurden im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG keine Empfehlungen ausgesprochen.

V. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze weitgehend fehlt, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegeerfordernis attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden.

Die Pflegesatzverhandlungen für die städtischen Alten- und Altenpflegeheime wurden am 30. April 2008 begonnen und nach Unterbrechungen am 16.05.2008 abgeschlossen. Es wurden neue Pflegesatzvereinbarungen für den Zeitraum 01.06.2008 bis 30.06.2010 getroffen. Erstmalig ist es gelungen die kompletten Personalkostensteigerungen, unter Gegenrechnung der Arbeitszeiterhöhung, auf Grund des Tarifabschlusses zu erhalten. Die Ausgaben für Leiharbeiter-/innen, die in Fällen von Erkrankungen eigener Pflegebeschäftigten anfallen, wurden nicht anerkannt. Letztlich müssen die Tariferhöhungen vom Januar bis Mai 2008 durch den Betrieb selbst aufgebracht werden. Die gesondert berechnungsfähigen betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen sind hiervon unberührt und bleiben bis zum 31.12.2008 gültig. Erst Ende 2008 werden diese für die Jahre 2009 und 2010 vom Landschaftsverband Rheinland neu festgelegt.

In der Herichhauser Straße wird es nach Vereinbarung zwischen APH und Feuerwehr im Bereich des Wirtschaftseingangs Fluchtbalkone als Ersatz für die fehlende außenliegende Rettungstreppe geben. Ein Zeitplan ist abgesprochen. Die Balkone werden voraussichtlich im September 2008 installiert.

Die weitere Sanierung des Hauses B in der Neviandtstraße wurde gestoppt. Hintergrund ist die fehlende Genehmigung der Bezirksregierung zur Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH bei der Stadt Wuppertal. Alternativ werden hier Möglichkeiten gesucht, die eine Genehmigung denkbar machen. Auch hier finden weitere Gespräche zwischen Beteiligungssteuerung, GWG und APH statt. Außerdem liegt APH nunmehr ein Konzept des Kuratoriums deutscher Altenhilfe (KDA) vor, welches im September 2008 dem örtlichen Sozialhilfeträger vorgelegt wird.

Die Verhandlungen zwischen APH und GMW zum Thema Overheadkostenreduzierung sind zwischenzeitlich abgeschlossen. Die zusätzlichen Overheadkosten sind nach Auffassung der Betriebsleitung weiter hoch. Es wird ab sofort maßnahmebezogen nach den für Architekten gültigen Honorarvereinbarungen (HOAI) abgerechnet .

VI. Risikobericht

APH beobachten den lokalen Pflegemarkt sehr genau. Insbesondere zusätzliche Heimplätze, die durch Neu- und Umbauten in Wuppertal entstanden sind, führen dazu, dass nach dem Auslastungsmonitoring der städtischen Sozialplanung für das zweite Halbjahr 2007 die Durchschnittsbelegung der stationären Einrichtungen in Wuppertal bei 97,2 % (Vorjahr: 97,0 %) liegt. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass durchschnittlich im zweiten Halbjahr 2007 täglich rein rechnerisch 105 (Vorjahr: 150) Pflegeplätze nicht genutzt wurden. Somit besteht frühestens ab dem Jahr 2015 rein quantitativ nach derzeitiger Einschätzung Bedarf an Angebotserweiterung. Zeitgleich entstehen derzeit bzw. in den nächsten Jahren neue zusätzliche stationäre Einrichtungen. Es werden in Wuppertal derzeit und zukünftig, wenn auch nicht in demselben Maße, Betten abgebaut. Dies geschieht auf Grund notwendiger Umbaumaßnahmen und/oder Qualitätsverbesserungsmaßnahmen bei den verschiedenen Trägern. Auch APH haben und werden zukünftig im Rahmen der Anpassungen an das Landespflegegesetz NRW einige Bettplätze abbauen. Trotzdem besteht die Gefahr, dass bei den APH in einzelnen Heimen Belegungsprobleme auftreten könnten.

Wie bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2004 dargestellt, sind die gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des Heimgesetzes, das zukünftig ausschließlich durch das Land geregelt wird und Auswirkungen der Reform der Pflegeversicherung sowie Auswirkungen der

Gesundheitsreform weiter offen. Zudem sind die Auswirkungen von EU-Regelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie) nicht abschließend zu bewerten.

Die Betriebsleitung sieht zudem Risiken in der Umsetzung von Baumaßnahmen. Die Bezirksregierung verweigert derzeit (selbstverständlich nicht nur in Wuppertal) die notwendige Kapitalaufnahme von Trägern bei ihren Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben. Das kann, wenn z. B. eine größere Baumaßnahme ansteht, die nicht über die beschiedene Investitionskostenpauschale abgewickelt werden kann, dazu führen, dass in der betroffenen Einrichtung Leerstände produziert werden und somit ein wirtschaftliches Risiko für den Betrieb entstehen kann.

Die in 2004/05 begonnenen vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen in den Einrichtungen Neviandtstraße und Hölkesöhde, die mit Feuerwehr und Bauordnung in einem Zeitplan abgestimmt sind, sind in der Einrichtung Hölkesöhde vollständig abgearbeitet. Im Hause Neviandtstraße ist der Zeitplan nicht einzuhalten, so dass einige Maßnahmen erst in 2008 und 2009 abgeschlossen werden können. Hier sind APH über das GMW im Dialog mit Feuerwehr und Bauordnung.

Trotz des guten Ergebnisses der letzten Pflegesatzverhandlungen im April/Mai 2008, bei dem eine Budgeterhöhung von 4,87 % ausgehandelt werden konnte und das Heimentgelt über alle Heime und Pflegestufen gesehen zwischen 3,21 und 7,42 % erhöht wurde, sieht die Betriebsleitung Risiken, die von ihr nicht wesentlich beeinflusst werden können. Da die Pflegesätze ausschließlich prospektiv verhandelt und vereinbart werden, können Kostenveränderungen während der vereinbarten Laufzeit nicht abschließend und vollständig berücksichtigt werden. Insbesondere im Sachkostenbereich kommt es zu plötzlichen und unerwarteten Erhöhungen. Hier sind hauptsächlich die Energie- und Lebensmittelkosten zu sehen. Aber auch der geplante Gesundheitsfonds wird ab 2009 negative Auswirkungen auf die Höhe der Personalkosten haben. Ebenso ist die zwischen den Tarifparteien noch immer nicht abgeschlossene Entgeltordnung risikobehaftet. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005) Folgekosten nach sich ziehen. Die Entwicklung im Bereich der Zusatzversorgung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst muss abgewartet werden. Darüber hinaus ist der stationäre Pflegebereich einer Fülle von Gesetzen und Vorschriften ausgesetzt, die durch Veränderungen zu zusätzlichen Kosten führen.

VII. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,8 % auf alle Häuser gerechnet einpendeln wird. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH Ende 2008 die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abgeschlossen haben, kann ab 2009 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Auch dies ist eine zukunftssichernde Maßnahme. Für das Jahr 2008 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2008 zwar als realisierbar an, wird jedoch im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresfehlbetrag ausweisen. Er ist nicht Folge von Belegungs- und/oder Einstufungsproblemen Dieser Fehlbetrag wird komplett aus eigenen Finanzmitteln aufgefangen. Die Betriebsleitung möchte die Jahre 2008 und 2009 nutzen, um durch entsprechende Investitionen und Baumaßnahmen den Betrieb auch zukünftig wettbewerbsfähig zu halten. Dabei wird darauf geachtet, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen. Insbesondere sind die folgenden Baumaßnahme ab 2008 zu benennen:

Neviandtstraße	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen (ca. 350 T€)
Neviandtstraße	erste Teilsanierung der Dächer (2007/08 rd. 450 T€)
Neviandtstraße	zweite Teilsanierung d. Dächer (ab 2009 rd. 700 T€)
Hölkesöhde	Einbau bodengleicher Duschen (2008 bis 2010 rd.120 T€)
Alle Häuser	sonstige Energiesparmaßnahmen (ab 2009 rd. 150 T€)
Alle Häuser	gem. TÜV Vorgaben Erneuerung bzw. Wartung von lüftungstechnischen Anlagen sowie Ertüchtigung der Elektroanlagen (in 2008/09 rd. 300 T€)
Wuppertaler Hof	Erneuerung der Sanitärbereiche im Neubau in 2008/2009 durch die Vermieterin. Allerdings kann der Hausteil nicht voll belegt werden, was zu Einnahmeverlusten führt. Dies hat negative Auswirkungen auf das Ergebnis der Jahre 2008/09).

Letztlich sind die in kürzester Zeit stark gestiegenen Erzeugerpreise bei Lebensmitteln, Baumaterialien sowie die Energiepreise kostentreibend und erschweren damit jegliches wirtschaftliche Handeln. Des Weiteren sind zukünftig niedrigschwellige Angebote in Kooperation mit Kliniken als zusätzliche Angebote und Einnahmemöglichkeiten für APH denkbar, auch vor der Einführung möglicher Budgets für Patienten und zu pflegende Menschen.

Im Bereich der Küchen liegt der Betriebsleitung ein Konzept vor, das das Zusammenlegen von einzelnen Produktionsküchen favorisiert. Ab 2009 wird APH zwei Produktions- und fünf Verteilerküchen haben. Das Einsparvolumen liegt bei rd. 250 T€.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

Die einzelnen Tagesstätten werden besuchergerecht hergerichtet.

APH werden zukünftig weiter alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Heimen sind ein notweniges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Einrichtungen der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen. Auch die tatsächliche Beschaffenheit der Gebäude findet keine Berücksichtigung.

Der vom Landschaftsverband Rheinland beschiedene Investitionskostensatz errechnet sich auf der Grundlage der Bettenwerte und der Anschaffungskosten der Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund kann es, wie in den Vorjahren, auch zukünftig in diesem Bereich zu Unterdeckungen kommen.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für den wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH die Position als größter Anbieter auch zukünftig erfüllen. Dabei wird der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 20.06.2008

Renziehausen
Betriebsleiter